Oberschlesische Post

Die „Oberschlesische Post“ erscheint jeden Morgen mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt 5 Mk. monatlich frei ins Haus, bei der Post 15 Mk. vierteljährlich, hierzu die Postgebühren. Unter Streifband bezogen Mk. 8.00 monatlich.

Einzelpreis 30 Pfg.

Organ der Oberschlesischen Volkspartei

Der Insertionspreis beträgt für die 7 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 1.50 Mk. Die Reklamezeile kostet 5 Mk. Inseratenaufnahme für die nächste Nummer bis 4 Uhr nachmittags. Zahlungs- und Erfüllungsort Gleiwitz.

Einzelpreis 30 Pfg.

Redaktion, Anzeigenannahme und Expedition Gleiwitz, Niederwallstr. 6, Fernsprecher Nr. 270. Verlag der „Oberschlesischen Post“ G. m. b. H. Verantwortlich für die Redaktion Georg Kitmel, Gleiwitz.

Nr. 67. Gleiwitz, Dienstag, den 22. März 1921 2. Jahrg.

Der Industriebezirk und die angrenzenden Kreise haben 384147 poln. Stimmen gegen 360052 deutsche.

Darin 432 Gemeinden für Polen und nur 94 für Deutschland. Also die absolute Majorität an Stimmen und eine erdrückende Mehrheit der Gemeinden für Polen.

Landsleute!

Am Palmsonntag hat das polnische Volk Oberschlesiens den vollen Sieg errungen. Trotz des deutschen Terrors, trotz des Mißbrauchs des in deutschen Händen befindlichen Verwaltungsapparates, trotz der Flut der deutschen Emigranten, die in der Zahl von 200 000 nach Oberschlesien kamen und für Deutschland stimmten, trotz der deutschen Fälscher und Lügenkünste, die vor nichts zurückschreckten, trotz der Hunderte von Millionen Mark, die für den Stimmenkauf nach Oberschlesien geworfen wurden — trotz aller dieser Widrigkeiten haben die Bewohner der Ostkreise Oberschlesiens und vor allem des Industriegebietes und der nördlich, westlich und südlich davon gelegenen Kreise ihre Stimme für Polen abgegeben. Die erdrückende Mehrheit der Gemeinden dieser Kreise hat das Joch der preußischen Knechtschaft zersprengt, und hat den unerschütterlichen Willen ausgesprochen mit dem Mutterlande vereint zu werden.

Hochachtung gebührt Euch, liebe Landsleute, für Eure Ausdauer, für Euren Mut, für Eure Opferwilligkeit. Die ganze Welt hat mit Spannung und Ehrfurcht Euren heldenmütigen Kampf verfolgt. Das Vaterland sendet Euch von nah und fern seinen herzlichen Dank. Mit Freuden werdet Ihr erwartet.

Doch der Kampf, den wir seit so vielen Jahren um unsere Freiheit und um unsere Erlösung führen, ist noch nicht beendet. Nun treten wir in den Zeitabschnitt der diplomatischen Kämpfe und der nationalen Verhandlungen, die über das Schicksal unserer Heimat entscheiden sollen. Die Botschafterkonferenz in Paris wird alsbald die Festsetzung der Westgrenzen unseres Landes in Angriff nehmen.

Es ist unsere eherne Aufgabe, auch weiterhin bis zur endgiltigen Regelung die heilige Einigkeit und die brüderliche Einheit zu bewahren und alle Kräfte anzuspannen, damit unsere Grenzen weitab nach dem Westen zu geschoben werden. Darum müssen wir alle wie bisher ohne Unterschied der sozialen und politischen Bekenntnisse in einer Front gegen den gemeinsamen Feind vorgehen. Wie bisher müssen alle parteipolitischen Sonderbestrebungen ausgeschaltet und dem Feind solange ein nationaler Block gegenüber gestellt werde, bis unser schwerer Kampf um die Freiheit durch den endgiltigen Triumph gekrönt werden und die Grenzen unseres Landes entsprechend festgelegt werden. Darum alle Mann ins Glied! Wie ein Mann werden wir weiter zusammenstehen und durch unseren stahlharten Willen die Bemühungen unserer Diplomatie unterstützen, die unser Werk krönen sollen.

Dank und Hochachtung allen Mitarbeitern, welche für die Befreiung Oberschlesiens ihre Arbeitskraft und nicht selten ihr Gut und Blut eingesetzt haben. In unauslöschlicher Erinnerung werden alle diejenigen sein, welche ihr Leben in dem Befreiungskampfe Oberschlesiens dahin gegeben haben. Es lebe das freie Oberschlesien auf ewig vereint mit der freien Volksrepublik Polen!

Beuthen OS., den 21. März 1921.

Wojciech Korfanty

Abgeordneter und polnischer Plebiszitkommissar.

Abstimmungsergebnis im Industriebezirk und den angrenzenden Kreisen.

Ort	Abgegebene Stimmen: Polen	Abgegebene Stimmen: Deutsche	Gemeinden: Polnische	Gemeinden: Deutsche
Beuthen-Land	62 955	43 651	18	6
Beuthen-Stadt	9 759	29 833	—	1
Gr. Strehlitz	23 049	22 226	79	43
Kattowitz-Stadt	3 779	23 655	—	1
„ Land	66 699	52 837	25	8
Pless	53 002	15 342	120	7
Tarnowitz	26 714	16 541	23	3
Gleiwitz-Stadt	8 558	32 222	—	1
„ Land	27 177	20 194	90	13
Zabrze	43 272	45 225	11	3
Rybnik	48 419	26 478	96	8
Königshütte	10 764	31 848	—	1
zusammen	384 147	360 052	462	94
In Prozenten:	52% polnische Stimmen	48% deutsche Stimmen	83,1% polnische Gemeinden	16,9% deutsche Gemeinden

Generalstreik im Mansfelder Revier.

Halle a. d. S., 21. März. In der Nacht zum Sonnabend begann die vom Oberpräsidenten Hörsing angekündigte polizeiliche Besetzung der Industriereviere im Regierungsbezirk Merseburg. Daraufhin stellte die Mansfelder Arbeiterschaft an die Schutzpolizei ein Ultimatum, das am Sonntag nachmittag 4 Uhr ablief. Da es nicht beantwortet wurde, setzte heute früh der Generalstreik ein, der nach den eingelaufenen Nachrichten sich immer mehr ausdehnt. Die Streikleitung erließ heute einen Aufruf, in dem die Besetzung durch die Schutzpolizei als Anfang der weißen Kampagne bezeichnet wird. Die Arbeiterschaft wird zum Generalstreik aufgefordert, bis die Schutzpolitik aus dem Bezirk zurückgezogen ist.

Die französ. Berichterstatter und Deputierten.

Ein Beweis für das große Interesse, welches die gesamte zivilisierte Welt der oberschlesischen Volksabstimmung entgegenbringt, ist die Anwesenheit zahlreicher Journalisten aus den Ententeländern. In Oberschlesien weilen gegenwärtig die Vertreter der Pariser Zeitungen „Matin“, „Figaro“, „Le Petit Journal“, „Intransigeant“, „Petit Parisien“, „Depeche de Toulouse“, der amerikanischen „Chicago Tribune“ und verschiedener englischer und italienischer Zeitungen.

Außerdem kamen mehrere französische Deputierte in Oberschlesien an, die die Verhältnisse in unserem Lande persönlich prüfen und der Abstimmung beiwohnten.

4 deutsche Zeitungen verboten.

Beuthen, 21. März. Nach einer Verordnung der I. K. ist das Erscheinen der „Ostdeutschen Morgenpost“ in Beuthen auf 10 Tage und der Zeitungen „Oberschlesischer Wanderer“ in Gleiwitz, der „Oppelner Zeitung“ in Oppeln und des Anzeigers in Ratibor auf je 15 Tage verboten worden.

Demobilisation des poln. Heeres.

Warschau, 21. März. (Pat.) Angesichts der durch deutsche Blätter verbreiteten Gerüchte, wie wenn in Polen noch ein Jahrgang mobilisiert würde, muß festgestellt werden, daß die Demobilisierung der polnischen Armee weiter vor sich geht. In kürzester Zeit soll Jahrgang 1896, 1897 und 1898 demobilisiert werden.

Neue polnische Gesandte.

Warschau, 21. März. Dombski, der Vorsitzende der Rigaer polnischen Friedensdelegation, hat eingewilligt, den Gesandtenposten in Berlin zu übernehmen. Dr. Wroblewski geht als polnischer Gesandter nach London, Graf Lasocki nach Prag.

Die deutsche Mark sinkt.

Warschau, 21. März. (Pat.) „Przeglond Wieczorny“ berichtet, daß die heutige Schwarze Börse, deren Notierungen immer höher waren als die offiziellen, ein weiteres Sinken der ausländischen Valuta zeigt. Die deutsche Mark ist unter 13 gesunken. Für den Dollar wurden 790 (gestern 830) gezahlt, der französische Franken ist unter 60 gesunken.

Die Muttersprachenschule.

Ein oberschlesischer Akademiker schreibt uns: Es gibt nur eine natürliche Schule. Das ist die Schule, die an die im Elternhaus gewonnenen Begriffe des Kindes anknüpft in der schon das kleine Kind den Lehrer — und umgekehrt — verstehen kann. Eine solche Schule ist die Stätte froher, erfolgreicher Arbeit für Lehrer und Kind — ein lebendiger Gottestempel.

Das ist die Muttersprachenschule, die alle großen Pädagogen für die einzig richtige halten, nur nicht die preußische Regierung. Sogar im Religionsunterricht hat man dem kleinen Kinde die Muttersprache geraubt sodaß dabei Herz und Gemüt desselben leer ausgingen und darum auch die Charakterbildung litt. Das Kind betete, wußte aber nicht was; es schnurrte den auswendig gelernten Katechismus und die biblische Geschichte herunter aber sein Herz und Verstand waren weit davon. So ging es auch in den anderen Unterrichtsfächern.

Das Ziel der preußischen Schule war in erster Linie die Form, nämlich die deutsche Sprache; die Herzens- und Charakterbildung, kurz, was wir Erziehung nennen, geriet stark ins Hintertreffen.

Zur größtmöglichsten Erreichung des preußischen Schulzieles war jedes Mittel heilig.

Da das Eindrillen des deutschen, vielfach unverstandenen Unterrichtsstoffes schwierig war der Herr Schulinspektor und Regierungsrat es aber unbarmherzig und mit Nachdruck verlangten, wurde selbst der vernünftige Lehrer nervös und leitete gewöhnlich seine Ungeduld mittelst des Stockes auf das arme Schulkind ab. Um die „Erfolge" zu erhöhen und zu sichern, verbot man dem Kinde den Gebrauch der polnischen Sprache sogar während der Pause und auf dem Schulwege. Uebeltäter entgingen nicht der verdienten Strafe. Wenn das Urteil mild ausfiel da mußte der „Verbrecher" stundenlang als abschreckendes Beispiel vor den Bänken stehen oder sein Gedächtnis stärken durch 100- oder 200maliges Schreiben nach beendigtem Unterricht: „Ich soll in der Schule nur deutsch sprechen." Ein anderer Lehrer meines Heimatdorfes machte es noch besser. Er ließ im Falle der Benützung der polnischen Sprache das Gedächtnis des Uebeltäters 100- oder 200mal üben: „Ich soll in der Schule meine polnische Fresse halten." Weil dies aber noch nicht nachhaltig genug wirkte, verfiel dieser „große Pädagoge" auf eine sonderbare Art „Pfänderspiel": Jeder, der beim Polnischsprechen ertappt wurde, erhielt ein Stäbchen, das er bis zum nächsten Sonnabend dem gewöhnlichen „Lohntage" in der Tasche tragen mußte, wo er alsdann jedes Stäbchen gegen einen Stockhieb auszulösen hatte.

So ging es in unserer Dorfschule am trauten Oderstrand! So war es aber im ganzen polnischen Oberschlesien, nur die Auswahl der Mittel war verschieden. „Andere Städtchen — andere Methödchen!"

Das war das traurige Eigentum unserer oberschlesischen Schule. Kind und gerechtfühlende Lehrer litten entsetzlich. Tiefe Sehnsucht nach irgend einer Erlösung durchbebte das noch fühlende Volk. Und siehe da! da erstrahlte im November 1918 ein heller Hoffnungsstern am oberschlesischen Himmel. Glaubte man doch bestimmt, daß uns der Revolutionsgeist das natürlichste aller Rechte die Muttersprachenschule in den Schoß werfen wird.

Doch welch bittere Täuschung! 2½ Jahre Zeit hatte die Regierung zur Befreiung unserer Schule aus der Unnatur, zur Einführung der Muttersprachenschule als Pflichtanstalt für alle polnischen Kinder, selbst wenn hie und da ein Vater oder eine Mutter in der langen Germanisationszeit das Gefühl und Verständnis dafür verloren hätte; denn diese Schule ist eben die pädagogisch einzig richtige. Nach dieser Schule rief laut das oberschlesische Volk und bekräftigte seine heilige Forderung mit dem Schulstreik. Vergebens! Mit dem Religionsunterricht und wöchentlich 2 Stunden polnischen Sprachunterricht — und das nur noch auf besonderem Wunsch seitens der Eltern — wollte man der polnischen Bevölkerung „Pappe ums Maul schmieren". Man sage und schreibe: wöchentlich zwei Stunden polnischen Sprachunterricht — dazu noch von der hakatistischen Mehrheit der oberschlesischen Lehrerschaft arg verekelt — statt des einzig annehmbaren Zieles der Muttersprachenschule.

Könnten wir uns vielleicht trösten, daß uns Preußen später mal die große selbstverständliche Forderung erfüllen wird? Wer das glauben wollte, mußte ein vollendeter — Narr sein, denn wenn Preußen-Deutschland in der Phase seiner Demütigung und zumal vor der gewaltigen Tatsache der Volksabstimmung unser Rufen unerhört ließ, so haben wir später erst recht nichts in dieser Hinsicht zu hoffen.

Nur das Volk, zu dem wir von Natur aus gehören, kann uns dieser Hinsicht verstehen und unsere Wünsche erfüllen. Wer daher unsere armen Kleinen lieb hat, der kann sein Glück nur in Polen suchen und finden.

Die deutsche Bodenreform in Oberschlesien unmöglich.

Die deutschen, oberschlesischen Zeitungen veröffentlichen seit einigen Tagen großherzige Taten der deutschen Grundbesitzer, die angeblich 2000 000 Morgen für die Parzellierung unter die Kleinbauern zur Verfügung gestellt haben. Wie sich jedoch in Wirklichkeit die Sache der Durchführung der Bodenreform verhält, davon zeugen die hier wiedergegebenen Telegramme:

Berlin, 16. März. Die letzte Nummer der „Deutschen Tageszeitung" gibt einen Bericht über eine Sitzung des Vorstandes der deutschen sozialistischen Partei, welche in Mainz stattgefunden hat, wieder. Diese Sitzung war von Anfang bis zu Ende der Frage der Bodenreform gewidmet. Das Hauptreferat hielt der sozialistische Abgeordnete zum preußischen Landtage Engelmann. Er hob vor allem die zunehmende Teuerung und als ihre Folgeerscheinung die Unterernährung der Arbeiterklasse hervor. Der Grund dieser Lage ist nach seiner Ansicht in dem Verhalten der Grundbesitzer zu suchen. Er wälzt die ganze Schuld nicht auf die Großgrundbesitzer, sondern auf die Kleinbauern ab. Er behauptet weiter, daß die Großgrundbesitzer und die Eigentümer mittlerer Besitzungen ihre Pflichten dem Staate und dem Volke gegenüber voll und ganz erfüllen. Dagegen bringen die Kleinbauern dem Staate mehr Schaden als Nutzen. Im Interesse der Arbeiterschaft liegt nach seiner Ansicht die Erhaltung des Großgrundbesitzes und des mittleren Landbesitzes. Eine Landverteilung unter die Kleinbauern würde nur noch eine größere Teuerung und einen zunehmenden Mangel an Lebensmitteln zur Folge haben. Die Kleinbauern nämlich erzeugen bedeutend weniger als die Großgrundbesitzer. Als Beispiel führt der Redner die oberschlesischen Verhältnisse an. Ein oberschlesisches Rittergut, zu welchem 78 Kühe gehören, hat im Jahre 1918 155 455 Liter Milch und 4923 Pfund Butter produziert, während die Kleinbauern desselben Ortes, obwohl sie sogar 178 Kühe besaßen, nur 44 220 Liter Milch zum Verkauf gestellt haben. Butter ist von ihnen überhaupt nicht geliefert worden. Diese Ziffern — so erklärte Engelmann — beweisen, daß von einer Aufteilung des Landes unter die Kleinbauern keine Rede sein kann. Die Sozialdemokraten können daher die Parzellierung des Landbesitzes nicht unterstützen und werden sich um die Erhaltung und Vermehrung der großen Güter allzeit bemühen.

Nach diesem Referat wurde die freie Aussprache eröffnet, an der die Sozialdemokraten Kell, Olf, Stefan, Trautbaln und andere teilnahmen. Alle Vertreter einigten sich darauf auf die Anträge des Referenten.

Vor einiger Zeit haben die Zeitungen über den Standpunkt der pommerschen Junker, welche ebenfalls auf dem Provinziallandtage in Stettin sich gegen die Landaufstellung unter die Kleinbauern erklärt haben, berichtet. Diese Tatsachen beweisen zur Genüge, daß den deutschen Versprechungen nicht zu glauben ist und sie beweisen auch, welchen Wert die unmittelbar vor der Abstimmung verkündete „großherzige Tat" der deutschen Magnaten in Oberschlesien hat.

Was für Brot ißt man in Deutschland.

Berlin. Die „Freiheit" teilt mit, daß der deutsche Verpflegsminister auf einer Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages erklärt hat, daß die Regierung sich genötigt sieht, den Brotpreis von neuem zu erhöhen.

Außerdem hat das Verpflegsministerium angeordnet, daß angesichts des allgemeinen Mehlmangels aus 100 Kilogramm Getreide 94 Proz. Mehl auszumahlen sind. Außerdem soll das Brotgetreide durch einen Zusatz von 5 Prozent Kartoffeln weiterhin gestreckt werden. Die Berliner Zeitungen berichten, daß dieses Brot gegenwärtig schon in den Bäckereien verkauft wird und daß aus diesem Grunde die Beunruhigung der Arbeiterschaft sehr groß ist. Das Brot ist von schwarzer Farbe, sehr leicht und nicht genußfähig.

Oeffentlicher Dank!

Die preußische Regierung in Oppeln hat ohne Angabe eines Grundes verfügt, daß sämtliche Gehaltszahlungen an die Kreisschulbeiräte mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Deshalb veranstalteten die Arbeiter der Gieschegrube bei der heutigen Lohnzahlung eine freiwillige Geldsammlung, deren beträchtlichen Betrag sie uns zur Verfügung gestellt haben. Wir sind von diesem rührenden Beweis ihrer treuen Gesinnung gegen uns tief ergriffen und indem wir ihnen sere gerechte Sache zu kämpfen, sprechen wir ihnen allen unseren herzlichsten Dank aus. versichern, auch ferner unerschrocken an ihrer Seite für un-

Nickischschacht, im März 1921.

Bruno Baron, Rektor.
Bernh. Krawczyk, Lehrer.

Die deutschen Fälscher und Betrugsmethoden.

Beuthen. Am Tag vor der Abstimmung veröffentlichte die „Ostdeutsche Morgenpost" und nach ihr alle anderen alldeutschen Blätter, daß angeblich 5800 Beamte für Deutschland und nur 600 Beamte für Polen gestimmt haben sollen.

Der Umstand, daß die „Morgenpost" diese Zahlen veröffentlichte, könnte man nur durch zwei Umstände erklären. Entweder hatten die Deutschen auf irgend eine Weise zu den Wahlurnen Zugang bekommen, da sie hatten absichtlich diese Zahlen veröffentlicht, um durch ein solches Betrugsmanöver auf das Abstimmungsresultat vom Sonntag einzuwirken.

Heute (also 1 Tag nach der Abstimmung) veröffentlicht nun die „Morgenpost" folgende Erklärung:

„Die gestrige Meldung über das angebliche Ergebnis der Kattowitzer Beamtenabstimmung am Sonntag, den 13. März, war uns vom Wolffschen Telegraphen-Büro zugegangen; sie entstammte der „Schles. Ztg." Wie uns hierzu der Herr Kreiskontrolleur Beuthen-Stadt mitteilt, entspricht die Nachricht nicht den Tatsachen, da das Ergebnis am Sonnabend noch gar nicht stattfand, sondern mit den übrigen Wahlresultaten zusammen erst am Sonntag abend festgestellt worden ist. Wie es lautet, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen."

So lautet die Erklärung der „Ostdeutschen Morgenpost", heute nach der Abstimmung, nachdem das Betrugsmanöver seinen Zweck erfüllt hat.

Es ist für einen jeden klar, daß es sich hier um den zahlreichen skrupellosen deutschen Betrugsmanöver handelt, die alle zur Kenntnis des Obersten Rates in Paris gebracht werden müssen.

Aus Oberschlesien.

Gleiwitz und Umgegend.

— Infolge einer Betriebsstörung erscheint die heutige Nummer nur 4 Seiten stark.

— (Diebstahl.) Am letzten Wochenmarkt wurde einer Frau aus Sosnitza am Wilhelmsplatz aus der Tasche ein Büchlein mit 250 Mark gestohlen.

— (Einbruch.) Vor einigen Tagen wurde in der Nacht auf der Klosterstr. bei einem Fleischermeister eingebrochen und Fleisch- und Wurstwaren im Werte von 3700 Mark gestohlen. Verdacht der Täterschaft fehlt.

Zabrze und Umgegend.

— Mehl- und Butterausgabe für Ostern. Die Gemeinde wird für die Karwoche als Sonderzuweisung auf die gelbe Zusatzkarte für Auslandsmehl Nr. 2 pro Kopf 1 Pfd. amerik. Weizenmehl (3,75 Mk. für 1 Pfd.) verteilen lassen. Außerdem werden auf den Kopf der Bevölkerung auf die Lebensmittelkarte B Nr. 63 50 Gramm Butter zum Preise von 22,50 Mk. für 1 Pfund ausgegeben. Abstimmungsberechtigte erhalten dieselbe Mehlmenge auf die Zusatzkarte Nr. 2 und dieselbe Buttermenge auf die Zusatzkarte Nr. 3 ihrer Abstimmungskarte. Der Verkauf der Butter beginnt am Montag, der des Mehles am Dienstag. Die Butter soll von den Abstimmungsberechtigten in folgenden Geschäften verkauft werden: Nelson, Kaniastrahe, Helmrich, Gartenstraße, Kolodziej Th., Kronprinzenstraße, Janczak, Baustr.

— (Lebensmittelausgabe.) Wir werden für die Karwoche (vom 21. bis 27. März d. Js.) als Sonderzuweisung auf die gelbe Zusatzkarte für Auslandsmehl Nr. 2 pro Kopf 1 Pfund amerik. Weizenmehl zum Preise von 3,75 Mark für 1 Pfund verteilen. Außerdem werden auf den Kopf der Bevölkerung auf die Lebensmittelkarte B Nr. 69 50 Gramm Butter zum Preise von 22,50 Mark für 1 Pfund ausgegeben. Abstimmungsberechtigte, erhalten die gleiche Mehlmenge auf die Zusatzkarte Nr. 2, ebenso die Buttermenge auf die Zusatzkarte Nr. 8 ihrer Abstimmungskarte. Der Verkauf der Butter beginnt am Montag, der des Mehles am Dienstag.

— Einbruch. Auf der Adolfstraße wurde bei einer Witwe in die Wohnung eingebrochen und daraus ein Geldbetrag sowie 2 Anzüge im Gesamtwerte von 2300 Mark gestohlen.

— Von unbekannten Tätern wurden im Schlafhaus Skalley mehrere Spinde erbrochen und daraus ein Geldbetrag von 250 Mk., sowie eine Uhr mit der Gravierung Franz Kolodzik-Bobrek gestohlen.

— Gestohlen wurde aus der Maschinenfabrik der Oberschles. Kokswerke von unbekannten Tätern ein Treibriemen im Werte von 2000 Mark.

— Auf dem letzten Wochenmarkt wurde einem Fräulein eine schwarze Brieftasche mit 230 Mark gestohlen.

Beuthen und Umgegend.

— (Weizenmehlausgabe.) In der Woche vom 21.—27. März gelangt in den Mehl- und Kolonialwarengeschäften für den Kopf der Bevölkerung ein Pfund Weizenmehl zum Preise von 1,35 Mark zur Ausgabe. Der Verkauf erfolgt für die Bevölkerung auf den Abschnitt 297 der Lebensmittelkarte C, und für die auswärtigen Abstimmungsberechtigten auf die Zusatzkarte 5.

— (Ueberfall.) Am Freitag abend gegen 7 Uhr wurde der Bäckermeister Bawoll auf der Langestr. in der Backstube von drei bewaffneten Banditen überfallen und um 2300 Mk. sowie Legitimationskarte beraubt.

Rybnik und Umgegend.

— (Zur Volksabstimmung in Rybnik.) Abstimmungsberechtigte waren 82 116, wovon auf die Emigranten 12 084 Stimmen entfallen. Die Stimmen der Abstimmungssöldner können natürlich nicht so gewertet werden, als die Stimmen derjenigen, die auf oberschlesischer Erde leben und arbeiten. Wären die Stimmen der Emigranten nicht zugelassen, wäre in vielen Gemeinden nicht eine einzige Stimme für Deutschland abgegeben worden. Die Wahlbeteiligung war eine großartige. Es wurde gewählt in den einzelnen Gemeinden zwischen 90—100 Prozent. — Das Betragen des polnischen Volkes war mustergiltig. Das polnische Volk hat den bedeutungsvollsten Tag seines Lebens und seiner Geschichte in Würde vollbracht. Trotz vieler Provokationen von deutscher Seite ließ er sich zu keinen Unbesonnenheiten hinreißen. In welcher Weise die Deutschen die Abstimmung zu stören und verhindern suchten, ergibt sich aus einem vertraulichen Schreiben, das das deutsche Plebiszitkommissariat in Kattowitz an das deutsche Plebiszitkommissariat in Rybnik richtete und das uns in die Hände fiel. In diesem Schreiben wird gesagt, daß man das polnische Volk provozieren solle. Im Sinne dieses Schreibens leisteten sich deutsche Stoßtruppler verschiedene Herausforderungen und schreckten selbst von Verbrechen nicht zurück. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wurden die Schilder verschiedener polnischer Bürger (z. B. das Schild des Rechtsanwalt Dr. Ogorek mit Teer beschmiert. An anderen Stellen wurden Schilder demoliert. Trotz Verbots der Interalliierten Kommission veranlaßte das deutsche Plebiszitkommissariat in der Nacht von Samstag auf Sonntag, daß an verschiedenen Stellen der Stadt mittels Teer propagandistische Aufschriften angebracht wurden. Es ist festgestellt, daß die nötigen Teermengen von der Gasanstalt „geliefert" wurden. Diese frivole Uebertretung des Verbots der Interalliierten Kommission mußte ja ein deutscher Aufschrif-

kommaler damit bezahlen, daß er, als er auf Anruf eines Apobeamten nicht stehen blieb, angeschossen wurde. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag war Klokotschin der Ort eines scheußlichen Verbrechens. Ohne Grund und Ursache wurde der Gemeindevorsteher Josef Gonsior niedergeschossen. Der einfache ruhige Mann war den deutschen Stoßtrupplern nur wegen seiner polnischen Gesinnung ein Dorn im Auge. Gonsior wurde so schwer getroffen, daß er kurz darauf verschied. Auch der berüchtigte Verbrecher Viktor Smolka trieb mit seinen feigen Bürschchen an verschiedenen Ecken und Enden der Stadt sein Unwesen. So überfiel dieser Bandit ohne jegliche Veranlassung den Angestellten des polnischen Plebiszitkommissariats Pawletko, bedrohte ihn mit der Schußwaffe und mißhandelte ihn blutig. Als Antwort auf das Beschmieren und die Herausforderungen seitens der Deutschen strichen in der Frühe des Sonntagmorgens einige polnische junge Leute den Adler des Kriegerdenkmals am Neuen Ring weiß an. Rybnik dürfte damit das erste Denkmal in Oberschlesien haben, das einen weißen Adler trägt. Das Abstimmungsergebnis ist, wie gesagt, ein großartiges. Noch am Tage vor der Wahl faselten alle heimatstreuen Zeitungen von 60—70 Prozent deutscher Stimmen im ganzen Kreise. Einen solchen Unsinn kolportierten nicht nur die Zeitungen, sondern vor allem auch die jüdischen Geschäftsleute, die jeden, der vorbeiging, anhielten und ihm ihre 60—70prozentige Siegesgewißheit eintrichterten. Auch die bekannte Vorsitzende des Frauenbundes, Wollmann, jubelte ihrem geistlichen Beirat Hösl in allen Tonarten zu: „Hochwürden, Orzupowitz ist ganz deutsch. Hier bekommen wir Heimatstreue mindestens 80 Prozent der Stimmen." Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? In der Gemeinde Orzupowitz erhielten die Polen 396 und die Deutschen nur 60 Stimmen. Was ist von all den heimatstreuen Phrasen noch übriggeblieben? Eine grenzenlose Enttäuschung heimatstreuer Kreise! Wer hat nun das Volk ständig belogen? Wer hat in diesem Abstimmungskampf recht behalten? Ist dies nicht gerade der viel geschmähte Trunkhardt? — Die eherne Sprache der Tatsachen suchen die so schwer blamierten und geschlagenen Heimatstreuen durch allerlei Phrasen zu deuteln und zu drehen. An dem Ergebnis aber, daß Oberschlesien polnisch ist, ist nichts mehr zu deuteln und zu drehen. Noch haben die irregeleiteten Kreise Zeit, sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse zu stellen. Sind sie guten Willens, dann sollen sie gerade in uns Schutz und Schirm in allen Lagen der Bedrängnis finden. Mit der uns eigenen Zähigkeit werden wir die Interessen der Minderheiten ebenso verteidigen, als wären es unsere Interessen. Nur von einer Kategorie Heimatstreuer müssen wir uns trennen, und zwar von denjenigen, die an unserem Volke Tag für Tag Kapitalsverbrechen verübte. Mit diesen Leuten wollen wir keine Gemeinschaft haben. Allen anderen aber reichen wir die Hand zu einer gedeihlichen Arbeit für den Aufstieg unseres Landes. Wir wollen an dem unterlegenen deutschen Volksteil nicht jene abscheulichen Bosheiten und Verbrechen verüben, die uns deutsche Stoßtruppler zugedacht haben, sondern wir wollen an unseren unterlegenen Gegnern eine **christliche Rache üben**, eine christliche Rache, die in dem Satz vom Ewigkeitswert besteht: „Liebet Eure Feinde, tuet Gutes denen, die Euch hassen, betet für die, welche Euch verfolgen." Das soll unsere Rache an den unterlegenen Gegnern sein.

Die Polen siegten über die „Heimattreuen" mit ungefähr 75 Proz. Die Polen erhielten 37 790 Stimmen, die Deutschen 13 424 Stimmen.

Die Polen erhielten 18 000 Stimmen, die Deutschen 20 000 Stimmen. Die Polen haben in 49 Gemeinden, die Deutschen in nur 51 Gemeinden die Mehrheit. Für Ratibor, das stets jammerte, sich von seinem Preußen-Deutschland nicht trennen zu können, ein **glänzendes Ergebnis — zu Gunsten des polnischen Volkes.**

Die Zahl der Gemeinden beziffert sich auf 115. Die Ergebnisse von 10 Gemeinden stehen noch aus. Gewählt wurden durchschnittlich mit 95 Proz. Hätten nicht 10 000 deutsche Abstimmungssöldner an dem Abstimmungsergebnis mitgewirkt, hätten in vielen Gemeinden die Deutschen überhaupt keine Stimme bekommen. Die Polen errangen ausschließlich der noch fehlenden Bezirke, für die eine polnische Mehrheit bestimmt ist, mit einer Zweidrittel-Mehrheit den Sieg über die „Heimattreuen". Das Stimmenergebnis der bis jetzt vorliegenden Gemeinden ist:

Altenstein Polen 71, Deutsche 3; Annagrube P. 774, D. 320; Barannowitz P. 272, D. 101; Barglowka P. 231, D. 81; Belk P. 540, D. 287; Nieder-Birkenau P. 210, D. 114; Birtultau P. 1043, D. 548; Boguschowitz P. 586, D. 134; Charlottegrube P. 767, D. 649; Chwalenzitz P. 233, D. 41; Chwallowitz P. 986, D. 604; Czernitz P. 460, D. 333; Czerwionka P. 292, D. 355; Czirsowitz P. 583, D. 148; Cisowka P. 96, D. 78; Czuchow P. 652, D. 305; Alt-Dubensko P. 461, D. 125; Groß-Dubensko P. 426, D. 248; Dubernsgrund P. 92, D. 86; Dreilinden P. 171, D. 115; Ellguth P. 1585, D. 785; Eichendorf P. 27, D. 49; Friedrichsthal P. 93, D. 30; Fischgrund P. 165, D. 107; Gaschowitz P. 311, D. 187; Gobow P. 422, D. 143; Gogolau P. 238, D. 54; Golkowitz P. 742, D. 164; Golleiow P. 486, D. 75; Gottartowitz P. 489, D. 65; Gurek P. 142, D. 67; Kgl. Jankowitz P. 337, D. 172; Ober-Jastrzemb P. 859, D. 123; Jedlownik P. 352, D. 139; Jenkowitz P. 433, D. 98; Klischczow P. 320, D. 32; Klokotschin P. 259, D. 22; Knizenitz P. 450, D. 67; Knurow P. 915, D. 531; Kokoschütz P. 368, D. 181; Krewald P. 294, D. 94; Kreischlowitz P. 549, D. [illegible]; Lazisk P. 384, D. 161; Lenkberg P. 431, D. 187; Leschczin P. 586, D. 289; Lissek P. 304, D. 291; Lohnitz P. 151, D. 70; Luiow P. 166, D. 69; Nieder-Marklowitz P. 820, D. 112; Ober-Marklowitz P. 316, D. 39; Michanna P. 994, D. 126; Neudorf P. 130, D. 28; Niedobowitzer Hammer P. 57, D. 38; Niedobschütz P. 1419, D. 395; Ochojetz P. 231, D. 52; Orzupowitz P. 396, D. 60; Pallowitz P. 230, D. 117; Peterkowitz P. 80, D. 32; Pieke p. 249, D. 142; Pohlom poln. 682, deutsch 75; Poppelau poln. 951, deutsch 215; Przegendza poln. 359, D. 36; Pschow poln. 1273, deutsch 485; Radlin P. 2832, D. 837; Kgl. [illegible] P. 567, D. 213; Ober-Radoschau P. 182, D. 236; [illegible] Randen P. 396, D. 810; Klein-Randen P. 214, D. 149; Rennersdorf P. 65, D. 85; Rogoisna P. 267, D. 62; Rowin P. 374, D. 33; Ron P. 335, D. 40; [illegible] P. 4[illegible], D. 3[illegible]; Ruptawiec P. 16, D. 24; Nieder-Rydultau P. 1826, D. 816; Nieder-Schwirklan P. 444, D. 55; Ober-Schwirklan P. 361, D. 62; Schwalowitz P. 220, D. 120; Sczyrbitz P. 258, D. 54; Seibersdorf P. 332, D. 47; Sczeykowitz P. 257, D. 23; Slrbenski P. 270, D. 54; Skrzischow P. 669, D. 77; Stanitz P. 417, D. 159; S[illegible]nowitz P. 244, D. 117; Stein P. 348, D. 62; S[illegible] P. 260, D. 131; Summin P. 155, D. 101; [illegible] P. 433, D. 126; Klein-Thurze P. 164, D. 26; Vorbriegen P. 59, D. 14; Königl. Wielepole P. 514, D. 99; Wilchwa P. 550, D. 100; Königl. Zawislau P. 397, D. 76; Zwonowitz P. 294, D. 61; Zytna P. 147, D. 102; Gutsbezirk Czerwionka P. 713, D. 498; Gutsbezirk Knurow P. 858, D. 656; Krostoschowitz P. 318, D. 53; Summin P. 155, D. 101; Nieder-Wilschau P. 244, D. 170; [illegible] Wilcha P. 283, D. 126; Zawada P. 403, D. 64; [illegible]nowitz P. 249, P. 61; Schönburg P. 224, D. 120; M[illegible]czenitz P. 647, D. 127; Sophienthal P. 34, D. 11; Wielepole-Pilchowitz P. 117, D. 20; Magistrate: Rybnik P. 1945, D. 4714; Sohrau P. 1036, D. 2353; Loslau P. 662, D. 1865. — Gesamtergebnis: Polen 52 474, Deutschland 27 976. Von 115 Gemeinden 104 für Polen, 9 für Deutschland.

Wie die deutsche Regierung den Kurs der poln. Mark sabotiert

oder

Das Vorbild Friedrich II.

Friedrich der Zweite, hat seinerzeit, wie es allgemein bekannt ist, eine Werkstatt errichtet, in welcher polnische Münzen gefälscht wurden, welche dann massenweise nach der alten Republik Polen aus Preußen eingeführt wurden. Auf diese Weise suchte einer der größten Verbrecher auf dem Hohenzollernthrone Polen wirtschaftlich zu Grunde zu richten. Der sozialdemokratische Reichskanzler Bauer ahnte im Verein mit dem sozialdemokratischen Schieber Hörsing, welcher als Reichskommissar Hörsing, welcher als Reichskanzler in Oberschlesien fungierte, mit der Reichsbank, der Dresdener Bank, der deutschen Bank und dem Schlesischen Bankverein, das Beispiel **Friedrichs des Zweiten nach und zwar mit einem großen** Erfolg.

Diese sozialdemokratischen Lumpen in amtlicher Stellung Hand in Hand mit dem deutschen Großkapital organisierten Schmugglerbanden aus polnischen Juden, welche alles Hartgeld in der Republik Polen in ihrem Auftrage aufzukaufen und über die Grenze nach Deutschland zu schmuggeln hatten. Das haben diese sozialdemokratischen großkapitalistischen und jüdischen Schieber mit einer großen Gründlichkeit besorgt und in großem Maße dazu beigetragen, den Kurs der polnischen Mark herabzudrücken.

Ebenso hat dann später die deutsche Regierung mit Hilfe derselben Banken und derselben jüdischen Schmuggler polnische Noten in großen Mengen in Polen aufkaufen und nach Deutschland ausführen lassen. Diese Schieber in Beamtenstellungen werfen nun, so oft die polnische Mark steigt, bedeutende Beträge polnischer Noten auf den Markt, um den Kurs der polnischen Mark herabzudrücken.

Nur dadurch ist der niedrige Stand der polnischen Mark zu erklären. Lange wird dies jedoch nicht dauern. Nach der Volksabstimmung werden die deutschen Betrugsmanöver in Bezug auf die polnischen Noten keinen Erfolg mehr haben und die polnische Mark wird auf ihren natürlichen Stand hinaufspringen. Das wir nicht leere Behauptungen hier aufstellen geht daraus hervor, daß das polnische Plebiszitkommissariat in den Besitz von Originaldokumenten gelangt ist, aus welchen diese Tatsachen klar hervorgehen. Die polnische Regierung ist im Begriff, den von den deutschen Banditen in den höchsten Amtsstellungen, Polen zugefügten Schaden abzuschätzen, um von Deutschland Wiedergutmachung zu verlangen.

Wir veröffentlichen hier eine Reihe von Urkunden, aus denen die deutsche Räuberpolitik in Bezug auf Polen klar hervorgeht.

Am 10. Dezember 1919 richtete Herr Hörsing an den Direktor der Reichsbank folgenden Brief:

Herrn Reichsbankdirektor
Geheimen Oberfinanzrat Kaufmann
Berlin.

Gemäß meiner Verabredung mit Ew. Hochwohlgeboren und den übrigen Herren vom Direktorium hatte ich gestern eine Besprechung mit den Banken betreffend der Regulierung der Gold- und Silberausfuhr vom Auslande nach Oberschlesien. An dieser Sitzung nahmen teil die Direktoren der Dresdener- und Darmstädter Bank aus Kattowitz und der Herr Reichsbankdirektor aus Breslau, da unser Direktor Hirschhorn aus Kattowitz dienstlich nicht abkömmlich war.

Ich habe den Herren die Besprechung auf der Reichsbank vorgetragen und ihnen meinen Plan entwickelt der dahin geht, daß die Reichsbank zwei Aufkäufer und jede der Privatbanken einen Aufkäufer benennen soll, die ihnen das Hartgeld von der Grenze bringen. Ich wies darauf hin, daß die Privatbanken lediglich im Interesse der Industrie aufzukaufen hätten, für die die Reichsbank kein Gold und Silber aus ihren Beständen liefern könne. Mein Vorschlag wurde beifällig aufgenommen, da alle Herren einsahen, daß der jetzige Zustand für die Dauer nicht zu ertragen ist...

gez. Hörsing.

Am 20. Dezember richtete Herr Hörsing folgenden Brief an die Bank für Handel und Industrie, Filiale Breslau,

Copie!

den 20. Dezember 1919.

An die
Bank für Handel und Industrie
Filiale Breslau.

Der Reichskanzler hat mich ermächtigt, den Niederlassungen der Bank für Handel und Industrie den Agiohandel mit Reichsgoldmünzen zu gestatten.

Von dieser Ermächtigung mache ich Gebrauch und gestatte hierdurch:

1. Der Bank für Handel und Industrie, Filiale in Breslau,
2. der Bank für Handel und Industrie, Filiale in Kattowitz;

den Agiohandel mit Reichsgoldmünzen zu betreiben.

Außerdem erteile ich den beiden genannten Filialen der Bank für Handel und Industrie [illegible] Grund der mir erteilten Ermächtigung der Reichsbank die Genehmigung, russische [illegible] und Silbermünzen aufzukaufen.

(Die gleichen Briefe wurden unter demselben Datum an

1. die Dresdener Bank, Filiale in Breslau,
2. den Schlesischen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank in Breslau,

gerichtet. Sie enthalten die Ermächtigungen der beiden Breslauer und Kattowitzer Filialen der genannten Banken zum Agiohandel.)

Am 22. Dezember ging folgender Brief an die Oberzolldirektion zu Händen des Herrn Oberregierungsrats Ueberscheer in Breslau:

Copie!

Der	Breslau, den 22. Dez. 1919
Reichs- und Staatskommissar	Tel. Ring 3000 u. 6773
für Schlesien u. Westposen	Kaiser-Wilhelmstr. 24.

An die
Oberzolldirektion
zu Händen des Herrn Geh. Oberregierungsrats Ueberscheer
Breslau.

Der Reichskanzler hat mich ermächtigt, der Dresdener, Darmstädter und Deutschen Bank in Schlesien die Genehmigung zum Agio-Handel deutscher Goldmünzen zu erteilen. Ebenso hat die Reichsbank mich ermächtigt, denselben Banken den An- und Verkauf von russischen Gold- und Silbermünzen zu gestatten. Ich habe von beiden Gebrauch gemacht und den Banken den Ankauf der vorgenannten Gold- und Silbermünzen genehmigt.

Nach Uebereinkunft mit den Banken erhält jede Bank einen Oberaufkäufer und dieser 5 Unteraufkäufer. Für die Reichsbank und die Darmstädter Bank ist als Oberaufkäufer der Kaufmann Saul Warmann aus Kattowitz benannt und hat derselbe eine vom Generalkommando und mir unterschriebene Vollmacht zum Aufkauf erhalten. Die 5 Unteraufkäufer, deren Namen mir nicht bekannt sind, haben gleichfalls einen Ausweis, der vom Generalkommando und mir unterschrieben ist.

Ich bitte Warmann und seinen Aufkäufern alle Schwierigkeiten zu ebnen, damit recht viel Gold über die polnische Grenze zu uns kommt, da dieses nach der Ansicht der Reichsbank in unserem Interesse liegt.

Ich bitte daher, die Ihnen unterstellten Beamten zu instruieren, damit sie Warmann keine Schwierigkeiten bereiten.

Die Vertrauensleute der anderen Banken sind mir noch nicht genannt. Sowie dieses geschieht, erhalten sie gleichfalls Ausweise, was ich Ihnen noch mitteilen werde.

gez. Hörsing.

(Derselbe Brief unter gleichem Datum gerichtet an den Polizeipräsidenten Schwendy in Kattowitz.)

Gottesdienstordnung:

Allerheiligen-Pfarrkirche Gleiwitz. Mittwoch: 6 Uhr Begräbnis-Req. mit Cond. und Salve für † Böttcher Paul Romok. 6¾ Uhr Jahresmesse für † Fabrikbesitzer Gursky. 7¼ Uhr Cant. für † Werner und Erich Snoppek u. Verw. 8 Uhr Rosenkr.-Cant. für die Mitglieder der 118. Frauenrose unter der Vorsteherin Frau Anna Foltin. 9 Uhr Beerd.-Req. mit Cond. u. Salve für Johannes Menzel. 4½ Uhr Beichtgelegenheit für Männer und Jünglinge.

Peter-Paul-Pfarrkirche Gleiwitz. Mittwoch: 6 Uhr Cant. für † Josef, Margarete und Marie Pajonk. ½7 Uhr für † Johann und Marie Smieskol, Johann und Franziska Kolch. ½8 Uhr Cant. für die verunglückten Kinder. ½9 Uhr Cant. zur göttl. Vorsehung für das Jahrkind Ursula Czech.

Heilige-Familie-Kapelle Gleiwitz. Mittwoch: ¾7 Uhr Cant. zu Ehren der Mutter Gottes von der immerwährenden Hilfe auf gew. Intention.

Bartholomäus-Pfarrkirche Gleiwitz. Mittwoch: 6 Uhr für † Marie Smolka. ¾7 Uhr für † Anton und [illegible]line Matuszczik, Josef Woschel und Verw. ½8 Uhr für di[e] aus der Schule Zernik ausgetretenen Kinder. 4 Uhr nachm. Beichtgelegenheit.

Druck von M. Kwiatkowski, Gleiwitz.

Aichbeamtenkursus für Oberschlesier.

Auf Veranlassung des Polnischen Plebiszitkommissariats soll in allernächster Zeit im Haupt-Aichamte in Posen ein

3 monatlicher Kursus

zur Heranbildung polnischer Aichbeamten

eingerichtet werden, an welchen aus eine Anzahl von Kandidaten aus Oberschlesien teilnehmen soll.

Die Teilnehmer am Kursus erhalten eine Unterstützung von 9000,— poln. Mark, zahlbar in 3 monatlichen Raten. Ein solcher mit Erfolg absolvierter Kursus gibt dem Kandidaten bei der Berufung bezw. Ernennung neuer Aichbeamten in Oberschlesien den Vorzug.

Die Aufnahme zum Kursus erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

1.) Zum mindestens mit Erfolg beendete Volksschule oder eine entsprechende Bildungsanstalt.

2.) Praktische Ausbildung im Schlosserhandwerk als Mechaniker oder Maschinenbauer.

3.) Den Vorzug erhalten von den Kandidaten zu 2) diejenigen, welche eine Maschinenbauschule mit Erfolg absolviert haben.

4.) Der Kandidat muss den Nachweis irgend einer mindestens zweijährigen Praxis erbringen, welche Gewähr dafür bietet, dass der Kandidat die technische Seite seines zukünftigen Berufes erfassen und beherrschen wird und auch im Stande sein wird, die in dem Rahmen seiner zukünftigen Stellung fallenden Gesetze und Instruktionen anzuwenden, ferner muss er im Stande sein amtliche Korrespondenz und Berechnungen zu erledigen.

5.) Das am entsprechendste Alter für die Kursusteilnehmer sind mehr oder weniger 30 Jahre.

Die Kandidaten haben spätestens bis zum 31. März d. Js. selbstgeschriebene Gesuche und Lebenslauf entweder persönlich oder mit Einschreibbrief an das Polnische Plebiszit-Kommissariat Abt. für Industrie und Handel Zimmer 19 im Hotel Lomnitz, Beuthen O.-S. einzureichen.

Dem Gesuch sind beizufügen:

1.) Lebenslauf mit genauer Angabe der Adresse, Datum und Ort der Geburt, Beruf oder Art der Beschäftigung, Stand und Angabe des Wohnortes der Eltern, genaue Angabe über erhaltene Vorbildung und Militärverhältnisse.

2.) Schulzeugnisse im Original oder beglaubigter Abschrift, amtliches Führungszeugniss und ärztliches Gutachten über den Gesundheitszustand.

3.) Schriftliche Verpflichtung zu einem mindestens 3-jährigen Dienst im Aichamte nach Absolvierung des Kursus.

Infolge beschränkter Anzahl der einzustellenden Kandidaten haben die besser qualifizierten den Vorzug. In den ersten Tagen des Monats April erhalten die Kandidaten Bescheid über ihre Aufnahme und diesbezgl. weitere Informationen.

Beuthen, den 15. März 1921.

Polnisches Plebiszit-Kommissariat

Abtg. für Industrie und Handel

gez. Dipl. Ing. Józef Kiedroń.